Zu grossen Teilen ineffizient oder gar kontraproduktiv Flüchtlinge kosten mehr

- Sanierung des Schulhauses muss warten SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Es wäre überhaupt kein Problem, die Mehrausgaben im Asylwesen kostenneutral zu gestalten. Sie werden ganz einfach, voll und umfänglich, bei der Entwicklungshilfe in Abzug gebracht. Diese ist mehrere Milliarden schwer und zu grossen Teilen ineffizient oder gar kontraproduktiv. Linke Bundesräte, linksgrüne Parlamentarier und Behörden haben uns den ganzen Schlamassel eingebrockt, indem sie Eritreer zu anerkannten Flüchtlingen machten, obwohl diese nachweislich nicht an Leib und Leben bedroht sind und daher den Flüchtlingsstatus nicht erfüllen. Nun wollen sie auf schnelle Integration setzen, obwohl diese auf ganzer Linie gescheitert ist. Integration sollte erst ganz am Schluss erfolgen, zuerst muss die ganze Energie auf die konsequente Aus-

weisung und Rückführung in die

Herkunftsländer gelegt werden.

Rolf Hug, Aadorf TG

Es ist kontrovers, aber auf einen Nenner gebracht: weniger Asylsuchende gleich weniger Probleme, weniger Kosten, weniger Sorgen. Die Menschen, meistens junge Männer, die zu uns kommen, fehlen in der Wirtschaft dort, woher sie geflohen sind. Wer glaubt denn wirklich, dass die Integration nach fünf bis sieben Jahren abgeschlossen ist? Nicht einmal der Skos-Präsident. Weiter steht wörtlich: «Eritreer sind sich nicht gewohnt, acht Stunden am Tag zu arbeiten.» Meine Güte, die wollen nicht, werden es nie wollen und können deshalb auch nicht in unsere Gesellschaft integriert werden. Ich bin für Asylsuchende und Ausländer, die bei uns einen Beitrag leisten wollen, aber dafür haben sie sich schnellstmöglich zu integrieren, die Sprache zu lernen, ihre Bedeckung abzulegen, die Frauen und unsere Menschenrechte zu akzeptieren und wahrzunehmen, zu arbeiten und Steuern zu zahlen. Ja, das wird auch von uns Schweizern erwartet, wenn wir auch nur wenige Monate in einem anderen Land eingesetzt werden. Die vielen Staatsangestellten, die für solche Menschen eingesetzt werden, sollen diese Aspekte als oberste Priorität anschauen, dann haben wir viel weniger Probleme, viel weniger nicht Integrierbare und auch viel weniger Kosten, die wir Steuerzahler sowieso berappen müssen.

Daniel Schüepp, Künten AG

Das grosse Erwachen in unserer viel zu grosszügigen Asylpolitik war zu erwarten und verwundert mich überhaupt nicht. Derzeit hält sich die Zahl der Asylgesuche in Grenzen, doch die nächste Welle ist nur eine Frage der Zeit. Spätestens bei den Wahlen ins Bundesparlament in vier Jahren wird die Asylpolitik mit Bestimmtheit wieder ein grosses Wahlkampfthema sein. Unsere Asylgesetzgebung ist in ruhigeren Zeiten wie jetzt zu verschärfen und nicht in Zeiten eines weiteren Massenansturms. Mit der Digitalisierung werden in unserem Land Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Die Integration von Wirtschaftsflüchtlingen in den Arbeitsmarkt wird zu einer Herkulesaufgabe. Die Sozialkosten explodieren. Viele Gemeinden werden in den kommenden Jahren finanziell an ihre Grenzen stossen. Weil die Asylpolitik in Bern gemacht wird, wäre es angebracht, dass der Bund die Hauptlast der Kosten trägt. Und ja: Vielleicht sollte die Schweiz für die Rückführung von Asylbewerbern ohne Bleiberecht etwas mehr Geld in die Hand nehmen, wie Chefredaktor Arthur Rutishauser in seinem Kommentar zaghaft anmerkt. Das käme uns immer noch günstiger zu stehen als Sozialhilfekosten in Millionenhöhe für eine lebenslang arbeitslose Einzelperson. Freddy Kugler, Bronschhofen SG

Seit vielen Monaten wird die zunehmende Erderwärmung als grösstes Problem der Schweizer Bevölkerung dargestellt. Nun endlich wird in der SonntagsZeitung auf die grossen Herausforderungen wegen der vielen Asylsuchenden hingewiesen. Von dem Viertel ausländischer Einwohner und Einwoh-



nerinnen sind mehr als die Hälfte Sozialhilfeempfänger, und im letzten Jahr wurden über 2000 Babys in ausländischen Familien geboren. Trotzdem wird in den Medien immer wieder berichtet, dass die Zuwanderung stark zurückgegangen sei und deshalb hier kein Problem bestehe. Überall werden in der Schweiz für Milliarden Gefängnisneubauten geplant oder umgesetzt. Dies für über 70 Prozent ausländische Straftäter, die mit Tagespauschalen von 400 bis 1600 Franken untergebracht und therapiert werden. Zum Wohl unserer Nachkommen haben wir SVP-Mitglieder im Nationalrat Lösungen erarbeitet, die leider mehrheitlich der Bevölkerung vorenthalten werden. Andrea Geissbühler

Nationalrätin, Bäriswil BE

Langsam, aber sicher bin ich auf dem Weg, ein Wutbürger zu werden. Sind denn die sogenannten Behörden auf beiden Augen blind? Wenn ich in der SonntagsZeitung lese, dass es Gemeinden gibt, welche wegen der Asylsuchenden wahrscheinlich die Steuern erhöhen müssen, werde ich nachdenklich und wütend. Ich habe gar kein Problem mit echten Kriegsflüchtlingen, jedoch mag ich die Wirtschaftsflüchtlinge nicht. Es sind die, welche die Schweiz langsam, aber sicher finanziell aussaugen. In unserem gar nicht mehr tollen Land öffnet der Staat gegenüber diesen Fremdlingen das Füllhorn der Geschenke in Form von Lederjacken, Handys und Gratistelefonaten nach Afrika usw. Traurige Wahrheit: Gegenüber meinem geistig behinderten Patenkind, das ich seit 30 Jahren offiziell betreue, öffnet sich das Füllhorn der Güte nicht einmal für eine dringend benötigte Brille. Mein Patenkind benötigte innerhalb eines Jahres eine zweite neue Brille, da sich im Auge etwas schnell verschlechtert hat, und eben eine zweite Brille notwendig machte. Der zuständige Sozialdienst teilte mir telefonisch

mit, dass diese Brille nicht vergütet werden könne, das sei nun doch zu teuer. Ich habe dann die 830 Franken aus der eigenen Tasche bezahlt. Seitdem hat die Schweiz einen Wutbürger mehr. Peter Brunner, Bönigen BE

Da lesen wir täglich in den Medien, dass die Anzahl der Asylanträge rückläufig sei. Über das Damoklesschwert, das schon lange über den hart arbeitenden Bürgern hängt, ist bis dato wenig zu erfahren gewesen. Wir wussten, dass die hohe Zahl der Asylsuchenden, die 2015 Europa und auch die Schweiz überrannten, nicht zum Nulltarif zu haben ist. Dass nun aber wir in unseren Gemeinden direkt geschröpft werden sollen, sind wirklich erschreckende Nachrichten. Die Kommunen sollen unmittelbar zur Kasse gebeten werden (Steuererhöhungen), um die Asylsuchenden weiterhin zu pflegen und zu hegen, für den Arbeitsprozess vorzubereiten, indem auf Gemeindeebene die Integration nachhaltig vorangetrieben werden muss. Integriert werden können aber nur jene, die sich aktiv beteiligen, und nicht jene, die dafür kein Interesse zeigen und es vorziehen, die Schweiz als «Milchkuh» für Sozialleistungen zu nutzen. Beim hohen Prozentsatz der «Vorzugsasylsuchenden», die sich lieber aushalten lassen als zu arbeiten - und wenn es dann sein muss, einen achtstündigen Arbeitstag als menschenrechtsverachtend bezeichnen -, sind Integrationsbemühungen nicht nur Zeitverschwendung, sondern hinausgeworfenes Geld. Wenn dann die Sozis noch meinen, dass dieses Geld den Asylsuchenden helfen soll, Ferienreisen in die Heimat zu machen, andererseits aber die Gemeinden nicht das Recht haben, ihnen den Aufenthalt zu verweigern oder Delinquenten abzuschieben, ist etwas faul in unse-

Mario Stutz, Rickenbach LU

rer Demokratie.

Man mag das Klagen über die steigenden Kosten im Asylwesen nicht mehr hören. Das Problem liegt aber viele Jahrzehnte zurück. Während der Apartheid in Südafrika habe ich vor Ort erlebt, dass Nichtweisse kaum eine Chance hatten, einen handwerklichen Beruf zu erlernen oder gar ein Studium zu absolvieren. Privilegiert waren die Buren, die weissen Südafrikaner. Alle Schwarzen waren nur Afrikaner, obwohl sie seit Menschengedenken in Südafrika beheimatet sind. «Erfunden» wurde dieses System von den Kolonialherren, die Schwarze als bildungsunfähig bezeichnet haben. Bildung wurde ihnen nur so viel vermittelt, dass sie die Herrschaften entlasten konnten, niemals aber den «Boss» belehren würden. Diese Ungleichheit haben sich gewiefte Despoten in verschiedenen Ländern, nach dem Abzug der Kolonialherren,

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert. Bitte an folgende Adressen: SonntagsZeitung, Leserseite, Postfach, 8021 Zürich (Fax 044 248 47 48) oder leserseite@sonntagszeitung.ch. Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz darüber wird keine geführt. Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen.

Folgen Sie uns:



facebook.com/sonntagszeitung instagram.com/sonntagszeitung.ch twitter.com/sonntagszeitung

gehörige Weise bereichert, statt in die Infrastruktur und in die Bildung der Bevölkerung im Land zu investieren. Mit ihrer kurzen Sichtweise haben sie die Schätze des Landes geldgierigen, meist weissen Geschäftsleuten verkauft und sich dabei selber bereichert. Profitiert haben auch wir Europäer durch die billigen Güter aus diesen Ländern. Den Eingeborenen bleiben fast immer nur Brosamen - und eine ausgebeutete und vergiftete Landschaft. Wir brüsten uns mit unserem Fleiss und dem «selbst» Erarbeiteten. In Wirklichkeit haben wir andere für uns arbeiten lassen und ihr beschränktes Wissen ausgenutzt, um unsere Welt auf möglichst billige Weise bequem zu gestalten. Hätten diese Leute die Bildung, wie wir sie erhalten haben, wären sie in der Lage, ein eigenes Unternehmen zu gründen und Landsleute zu beschäftigen. Das Land würde dank Bildung prosperieren und demokratischer geführt werden. Eine Flucht ins Reichtum versprechende Europa ist nicht mehr nötig. Für eine seriöse Erwerbsmöglichkeit steigen in ihrem Herkunftsland die Aussichten. Unser Asylwesen hätte nicht die heutigen finanziellen Probleme. Wir müssen jetzt dafür bezahlen, was wir früher auf Kosten anderer gespart haben. Und die Drittweltbewohner würden uns nicht vor ein Problem stellen, das kaum ohne Steuererhöhungen oder rigorose Sparübungen gelöst werden kann.

zunutze gemacht und sich auf un-

Heinrich Schneebeli, Affoltern am Albis ZH

Wir fordern gesunde Ware und keine Giftnahrung Pestizide: Hersteller verzögern

Haben Sie Pech, und gehören Sie zu den 170000 Konsumenten, denen kontaminiertes Wasser mit

SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Impressum

Redaktion Armin Müller Redaktionsleitung: Andreas Kunz, Thomas Speich Leitung der Tamedia Editorial

Services: Viviane Joyce **Publishing Services:** Dominic Geisseler (Leitung) Nachrichten/Fokus: Andreas Ku Thomas Speich (Co-Leitung) Recherche-Desk (SonntagsZeitung Le Matin Dimanche) Thomas Knellwolf, Oliver Zihlman (Co-Leitung)

Bundeshaus: Denis von Burg (Leitung Wirtschaft: Peter Burkhardt (Leitung) Gesellschaft: Bettina Webe (Leitung) Wissen: Nik Walter (Leitung) Kultur: Guido Kalberer (Leitung) Services: Giuseppe Wüest (Leitung), Christoph Ammanr (Leitung Reisen), Dieter Liecht Produktion: Raphael Diethelm

(Leitung) Layout: Andrea Müller (Leitung Layout TES), Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung AD SonntagsZeitung) Infografik: Jürg Candriar

Fotoredaktion: Olaf Hille (Leitung) Korrektur: Rita Frommenwile (Leitung) Sportredaktion: Ueli Kägi (Sportchef)

Redaktion: 044 248 40 40

Verlag

SonntagsZeitung, Verlag, Werdstr. 21, 8021 Zürich Telefon 044 248 41 11, Fax 044 248 42 72

verlag@sonntagszeitung.ch Herausgeberin: Tamedia AG, Zürich Leitung Verlag: Marcel Tappeine Mankowski (Chief Sales Officer). Adriano Valeri (Head of Advertising) Werdstr. 21, 8021 Zürich Telefon 044 248 40 11 Fax 044 248 42 52,

anzeigen@sonn Abo-Service Tamedia AG, Abo-Service SonntagsZeitung, Postfach 8021 Zürich Telefon 044 404 64 40, Fax 044 404 69 06, abo-service@sonnta (Mo-Fr 8.00-12.00

und 13.15-17.00) Abonnemente 1 Jahr Fr. 224.- (52 Ausgaben Weitere Abo-Angebote auf abo.sonntagszeitung.ch Digital-Einzelnummer Fr. 3.-Digital 1 Jahr Fr. 120.-Technische Herstellung DZZ Druckzentrum, Zürich AG Ombudsmann der Tamedia Ignaz Staub, Postfach 837.

CH-6330 Cham 1, von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Former von Inhaltswerbung: Paid Post: Im Zentrum steht in de Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des Trägertitels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet. Sponsored: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses so genannte Native Advertising ist mit dem Lavout des Trägertitels identisch und wird mit

nsored» gekennzeichnet.

Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktio Sonderwerbeformen oder Former werden gesondert ausgewiesen.

Bekanntgabe von namhaften

Beteiligungen der Tamedia AG i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilier SA Adagent AG, autoricardo AG, 20 minuti Ticino SA, Adextra AG, Basler Zeitung AG, Berner Oberland Medien AG BOM, BOOK A TIGER Switzerland AG, CIL Centre d'Impression Lausanne SA, DJ Digitale Medien GmbH, Doodle AG, Doodle Deutschland GmbH, dreifive AG. Konstanz, dreifive GmbH. Wien, dreifive (Switzerland) AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A. Goldbach Audience Austria GmbH Goldbach Audience (Switzerland) AG, Goldbach Austria GmbH, Goldbach Digital Services AG, Goldbach DooH (Germany) GmbH. Goldbach Germany GmbH, Goldbach Group AG, Goldbach Management AG, Goldbach Media Austria GmbH, Goldbach Media (Switzerland) AG, Goldbach SmartTV GmbH, Goldbach TV (Germany) GmbH, Goldbach Video GmbH, Homegate AG, ImmoStreet ch S.A., Jaduda GmbH, JobCloud AG, Jobsuchmaschine AG, Jointvision E-Services GmbH, LC Solutions Ltd., MetroXpress Denmark A/S, Neo Advertising AG Olmero AG, ricardo.ch AG, ricardo France Sàrl, Schaer Thun AG. Société de Publications Nouvelles SPN SA, Starticket AG, swiss radioworld AG, Tamedia Espace AG Tamedia Publications romandes SA, Trendsales ApS, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürche

Eine Marke von Tamedia 🕡

Regionalzeitungen AG



überschrittenen Grenzwerten für Pestizide ins Haus geliefert wird? Klar, beimischen von sauberem Zürichseewasser kann das Problem mindern, aber wie lange noch? Hilfreicher ist die Annahme der beiden bevorstehenden Gewässerschutzinitiativen. Bauern, die auf Biolandwirtschaft umstellen, helfen mit, unsere Zukunft zu retten. Martin A. Liechti, Maur ZH

Schon seit Jahren weiss man um die Gefährlichkeit der Pestizide in der Landwirtschaft, aber trotzdem gibt es noch immer keine Verbote dieser Substanzen. Syngenta ist die heilige Kuh. Und warum? Sie generiert viel Geld. Dass Kinder schwer erkranken, unser Wasser vergiftet wird, Menschen unter zunehmenden Allergien leiden, ergo das Gesundheitswesen zusätzlich belasten, ist noch kein Verbot wert. Beim Tabak aber wurde sofort und radikal gehandelt, eine unverständliche Vorgehensweise. Gift zum Schutz der Lebensmittel vor Krankheiten einzusetzen, ist wohl das Allerletzte. Die sogenannten

Schädlinge gehören zur Natur, die kannten auch unsere Vorfahren und kamen klar damit, aber bei der heutigen Massenproduktion, nichts darf mehr dem Zufall überviel verlangt?

lassen werden, greift man mit der giftigsten Chemie ein. Dazu der Ausdruck «Pflanzenschutzmittel». Es sind Vernichtungsmittel – und die sollten sofort gestoppt werden, nicht erst im Jahr 2025. Wir Konsumenten fordern gesunde Ware und keine Giftnahrung, ist das zu

Beatrice Landert, Zollikerberg ZH

Auch Alice Weidel sollte in sich gehen «Blick» wehrt sich gegen Vorwürfe von Alice Weidel SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Eltern, die ihre Kinder aufhetzen gegen Fremde und sie gar losschicken, diese zu belästigen und zu bedrohen, wissen nicht, was sie ihren Kindern antun. Solche Eltern sind nicht besser als die angegriffene Alice Weidel und ihre AfD-Anhänger. Allerdings sollte auch Alice Weidel in sich gehen: Ihre schlimmen Erfahrungen in der Schweiz sind weit weniger dramatisch als die Erfahrungen, die Fremde «dank» der Anhänger von Alice Weidel machen: Fremde in Deutschland erleben nicht nur Beschimpfungen, sondern Tätlichkeiten; gelegentlich wurden gar ihre Heime angezündet. Leider lebt die AfD vom Hass gegen Fremde. Da trifft Weidel gewiss auch eine Mitschuld.

Walter Stucki, Hünibach BE

Man sollte ihm mit Handkuss Asyl gewähren

Edward Snowdens Enthüllungen empören die Politiker SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Bald sind Wahlen, und die Politiker laufen profilierungsneurotisch zur Hochform auf, anstatt einmal richtig schlau und im Interesse der Schweiz zu agieren. Ein Mann mit seinen Fähigkeiten könnte für die IT-Probleme vieler Banken, Organisationen und Firmen von grösstem Nutzen sein. Anstatt ihn anklagen zu wollen, sollte man ihm mit Handkuss Asyl gewähren. Er würde uns nicht Millionen kosten wie alle anderen Asylsuchenden und Aufgenommenen.

Mengia Willimann, Luzern

Für einen Bundesanwalt ein absolutes No-go Fall Lauber: Warum der Bundesanwalt trotz allem eine Wiederwahl verdient SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Beim Gastkommentar von Andreas Brunner kommt mir sofort der bekannte Spruch von den beiden Krähen in den Sinn. Ich bin aber der Meinung, dass eine erneute Wahl von noch BA Lauber nicht

mehr angezeigt ist. Unabhängig von etwaigen möglichen Verdiensten, hat Herr Lauber, leider, bewiesen, dass er nicht, wie zwingend gefordert, neutral handelt, sondern gewisse Klienten (unter anderen Gianni Infantino) unzulässig bevorzugt behandelt. Diese Mauscheleien sind für einen Bundesanwalt ein absolutes No-go. Da gibt es kein Wenn und Aber. Beat Lenherr, Merenschwand AG

Vorschlag: Fussballspiele künftig ohne Schiedsrichter «Wieso glaubt man mir nicht?» SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Es ist eine Schande, dass das Rekursgericht die Schiedsrichter ungenügend schützt. Vorschlag: Die Fussballspiele finden künftig ohne Schiedsrichter statt, dann können die oft überbezahlten, machoiden und unbeherrschten Jungspunde sich gegenseitig anspucken und prügeln. Gewisse «Zuschauer» machen es ja jetzt schon. Brot und Spiele, wie im alten Rom.

Hanspeter Schmutz, Basel

Wenn ich nur schon das Bild anschaue, wo ein Spieler den Schiedsrichter anfasst, verstehe ich das Regelwerk nicht. Im Eishockey sind die Regeln viel strenger, da hat der Schiedsrichter die Möglichkeit, sich in einen Kreis zurückzuziehen, und kein Spieler darf dort hinein. Und sollte jemals ein Spieler einen Schiedsrichter anfassen, geht es gleich unter die Dusche. Solche strengen Regeln sollten auch im Fussball gelten, dann wäre Ruhe auf dem Platz.

Willi von Dach, Buchs ZH

Korrekt

Bei Bauchschmerzen zur medizinischen Fachperson Die Guten ins Körbchen SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Bauchschmerzen nach dem Verzehr von Pilzen sollten nicht, wie am letzten Sonntag, 15.9., im Artikel «Die Guten ins Körbchen» als «Rosskur» beschrieben, mit dem Trinken einer Kochsalzlösung behandelt, sondern umgehend von einer medizinischen Fachperson begutachtet werden.

Zu Organspenderlagern degradiert

«Es geht nicht darum, die Leute zu überreden»

SonntagsZeitung vom 15.9.2019

Dass die Regierung die Menschenrechte torpedieren will bezüglich Organspende, finde ich katastrophal. Menschen werden mit der Widerspruchslösung per Gesetz zu Organspenderlagern degradiert. Der Körper und die Organe gehören mir. Das bezeugt auch meine DNA. Der Staat hat nicht das Recht, zu bestimmen, wie er an meine Organe kommt. Und ich muss auch nicht erwähnen, dass ich das nicht will, weil sie eben mir gehören. Wir haben doch schon Organspenderausweise für Menschen, die das wirklich wollen. Was soll diese Zwängerei? Es ist nicht gerade lustig, wenn man weiss, dass nach dem «Hirntod» die Chirurgen kommen und alle tauglichen Organe zeitgleich aus dem Körper rausschneiden. Dieses Ansinnen wurde schon mal abgelehnt vor ein paar Jahren. Der Tod gehört zum Leben, aber die Mediziner wollen den Tod nicht akzep-Verena Fuchs, Zürich

Gewiss existieren angenehmere Themen als der Tod, doch letztlich ist das menschliche Leben endlich. Ein tabuisiertes Faktum. Verbunden mit der eigenen Endlichkeit ist auch die Organspende. Jährlich sterben in der Schweiz gemäss Studien rund 100 Menschen, weil Spenderorgane fehlen. Im europäischen Durchschnitt hat die Schweiz eine eher tiefe Spenderate. Dies sind reine Zahlen, doch hinter diesen stehen menschliche Schicksale. Kommt hinzu, dass bei verstorbenen Personen sehr oft Unklarheit über deren Einstellung zur Organspende herrscht. Jeder Mensch soll selber entscheiden, ob er oder sie im Todesfall seine Organe spenden möchte. Aktuell ist die Realität aber so, dass diese Entscheidung zu Lebzeiten von einer Mehrzahl nicht geregelt wird und am Ende die Angehörigen darüber entscheiden müssen, was wiederum eine zusätzliche Belastung in einer bereits schwierigen Situation sein kann. Sowohl die Volksinitiative als auch der indirekte Gegenvorschlag würden die Spenderate in der Schweiz verbessern. Pascal Merz, Sursee LU

